

Schuhbeck muss erneut vor Gericht

Bei diesem Prozess gegen den Star-Koch geht es unter anderem um Subventionsbetrug.

Rund zweieinhalb Jahre nach seiner Verurteilung wegen Steuerhinterziehung muss Alfons Schuhbeck sich vom 24. Juni an erneut vor Gericht verantworten, wie das Landgericht München I mitteilte. Es geht dabei dieses Mal unter anderem um den Vorwurf des Subventionsbetrugs. Vier Verhandlungstage werden angesetzt, das Urteil könnte damit am 14. Juli fallen. Schuhbeck und sein Anwalt Norbert Scharf wollten sich auf Anfrage nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens äußern.

Die Anklage, die die Staatsanwaltschaft im vergangenen Jahr erhoben hatte, wurde zum größten Teil zur Hauptverhandlung zugelassen. 45 Bände umfassen die Ermittlungsakten den Angaben zufolge, die ursprüngliche Anklageschrift hat 124 Seiten. Die Angeklagte Behörde wirft dem Star-Koch Insolvenzverschleppung in neun Fällen, Betrug in vier Fällen, versuchten Betrug in fünf Fällen und Subventionsbetrug in 19 Fällen vor. Der Vorwurf, Schuhbeck habe in Hunderten Fällen Arbeitseinsatz vorenthalten und veruntreut, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt – „im Hinblick auf eine zu erwartende Verurteilung in den anderen Tatkomplexen“, wie das Gericht mitteilte.

Laut Staatsanwaltschaft soll Schuhbeck unter anderem zu Unrecht Corona-Soforthilfen und Überbrückungshilfen beantragt haben. „Er machte dabei wissenschaftlich falsche Angaben, um für die von ihm vertretenen Gesellschaften nicht gerechtfertigte Subventionen großen Ausmaßes zu erlangen sowie um eine Einnahmemequelle von einem Gewicht und einer Dauer zu schaffen“, heißt es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft. Die Behörde wirft Schuhbeck vor, Corona-Hilfen und andere Subventionen in Höhe von 460 000 Euro erschlichen zu haben.

Noch ist die erste Haftstrafe nicht abgessen, da droht Alfons Schuhbeck neues Ungemach: In einem weiteren Prozess geht es unter anderem um Insolvenzverschleppung.

FOTO: CHRISTOF STACHE/AFP

Für neun seiner Unternehmen soll Schuhbeck zudem die erforderlichen Insolvenzanträge nicht oder nicht rechtzeitig gestellt haben, obwohl das jeweilige Unternehmen bereits Zahlungsfähig war. Dadurch seien „zahlreiche Geschäftspartner und Gläubiger massiv geschädigt“ worden, hieß es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung. Mindestens ein Unternehmen habe in der Folge selbst einen Insolvenzantrag stellen müssen. Schuhbeck wolle sich gegen die Vorwürfe verteidigen, hatten seine Anwälte im Oktober 2024 mitgeteilt. „Die mit der Anklage aufgeworfenen Fragen betreffen die wirtschaftliche Seite der jüngeren Lebensgeschichte von Herrn Schuhbeck, die es zu klären gilt“, schrieben sie damals in einer Stellungnahme. „Äußerungen zu den Anklagevorwürfen werden gegenüber dem Gericht erfolgen, nicht in oder über die Öffentlichkeit.“

Schuhbeck sitzt bereits im Gefängnis. 2023 hatte er seine Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung angetreten. Im Oktober 2022 war er zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden. Das Gericht war überzeugt, dass er 2,3 Millionen Euro Steuern hinterzogen und mehr als 1000 Mal in die Kasse von zwei seiner Restaurants gegeben hat, um Geld verschwinden zu lassen. Sollte Schuhbeck im Sommer erneut verurteilt werden, so würde das Gericht aus der zurückliegenden und der neuen Strafe eine sogenannte Gesamtstrafe bilden. Dabei wird die höchste Einzelstrafe genommen und angemessen erhöht – diese Strafe muss aber niedriger liegen als die Summe aller Einzelstrafen. In Schuhbecks Fall kommt hinzu, dass er schon einen Großteil der ersten Strafe verbüßt hat. Diese Zeit wird auf die Gesamtstrafe angerechnet.

Welche Auswirkungen die neue Anklage und die Eröffnung des neuen Hauptverfahrens auf seine Haftbedingungen haben könnten – und ob überhaupt – war zunächst unklar.

Stephan Handel

DAS WETTER

9° / 4°
TAGS NACHTS

Der Himmel zeigt sich überwiegend stark bewölkt und regnerisch. ➤ Seite R10

Süddeutsche Zeitung München, Region und Bayern
Telefon: 089/2183-475
Mail: muenchen-region@suddeutsche.de
Internet: www.sz.de/muenchen,
Anzeigen: 089/2183-1020
Abo-Service: 089/2183-8080, www.sz.de/abo

Ihr Lokalteil auf Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungsapp



Aus Anlass der Sicherheitskonferenz kommt es regelmäßig zu Protestaktionen in der Münchner Innenstadt, hier eine Szene aus dem Jahr 2015.

FOTO: SVEN HOPPE/DPA

Siko-Gegner wollen Blick auf Palästina lenken

Ein Redner, der die Shoah relativiert, Pro-Palästina-Aufrufe und eine neue Demonstrationsroute, die in die Nähe des Generalkonsulats des Staates Israel führt: Die Protestpläne der linken Friedensbewegung gegen die Sicherheitskonferenz lassen ein klares Ziel erkennen.

Von Martin Bernstein

Ein Unterstützer der israelfindlichen BDS-Bewegung hat am Dienstag im Münchner Eine-Welt-Haus den industriellen Massenmord der Nazis an den europäischen Juden relativiert. Deutschland begeht in Nahost zum dritten Mal Völkermord („Genocide“), behauptete Ronnie Barkan bei einer Pressekonferenz des Bündnisses gegen die Sicherheitskonferenz: „Namibia, Auschwitz, Gaza“. Die Relativierung der Shoah blieb unwidersprochen. Barkan, in Großbritannien lebender Barkan, wird am Samstag bei der Auftaktkundgebung auf dem Münchner Karlsplatz sprechen.

Wie sehr der Nahost-Konflikt die Kundgebung der traditionellen linken Friedensbewegung dominieren könnte, zeigt ein Blick auf die Rednerliste. Neben Barkan wird eine Unterstützerin der vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung „Palästina spricht München“ (PSM) auftreten, ein Hafenarbeiter aus Genua, der laut

reise zu einem Palästina-Kongress verweigert. Wenn ihm Ähnliches auch am Freitag widerfahre, werde man das medial nutzen, kündigte ein Mera-Sprecher am Dienstag an.

Klar ist jetzt schon, dass Palästina-Fahnens das Bild des Demonstrationszugs der Friedensbewegung prägen werden. Und das, obwohl das Anti-Siko-Bündnis in seinem Konsens darum bittet, „bei unseren Versammlungen das Mitführen von Nationalstaatsflaggen zu unterlassen“. Offen ruft PSM in den sozialen Netzwerken dazu auf, sich am Samstag auf dem Stachus bei einer großen Palästina-Flagge zu versammeln, und: „Bringt eure Flaggen, üblichen Plakate und Trillerpfeife mit.“

Im Aktionsbündnis besteht offenbar keine Einigkeit in dieser Frage. Sprecher Heinz Michael Vilsmeier möchte auf Nachfrage deshalb auch kein offizielles Statement abgeben. Dann formuliert er es so: „Es ist nicht erwünscht – wir können es nicht verhindern.“

Auch in einem anderen Punkt haben die Alt-Friedensbewegten aus der Zeit, als der 2023 verstorbene Claus Schreer noch die Proteste gegen die „Siko“ anführte, dem Nachwuchs nachgegeben. Erstmals wurde die Demonstrationsroute geändert, mit der das Tagungshotel „Bayerischer Hof“ symbolisch umzingelt werden soll. Statt direkt über den Platz der Opfer des Nationalsozialismus drehen die Demonstrantinnen und Demonstranten diesmal eine Schleife über den Karolinenplatz.

Das erhöhte die Sichtbarkeit, erklärt Vilsmeier den Wunsch eines Teils der Organisatoren nach einer neuen, längeren Route. Und außerdem komme man so am Verwaltungssitz der Sicherheitskonferenz im Amerikahaus vorbei. Was er nicht sagt: Direkt gegenüber, ebenfalls am Karolinenplatz gelegen, steht das Generalkonsulat des Staates Israel.

Breiten Raum nehmen bei der Vorstellung des Protestprogramms die Schwierig-

keiten ein, den die mit dem Aktionsbündnis lierte „Münchner Friedenskonferenz“ damit hatte, Räume für ihre Veranstaltung am Wochenende zu finden. Denn auch dort wird es israelkritisch zugehen, wenn die jüngst von der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität ausgeladene US-Sonderberichterstattin Francesca Albaneese auftreten wird. Sie hatte vergangenes Jahr den israelischen Ministerpräsidenten indirekt mit Adolf Hitler verglichen. Bei so viel Palästina-Zündstoff ist Anti-Siko-

Sprecher Vilsmeier am Dienstag bemüht, auf die anderen Anliegen der Münchner Friedensbewegung hinzuweisen. Vilsmeier hofft sogar, dass von der Kundgebung am Samstag eine neue Protestbewegung ausgehen könnte. Eine, die sich gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland richtet – „ein wahnsinniges Projekt“, wie Vilsmeier sagt.

Räumlich kommt der Demonstrationszug der linken Gruppierungen am Sam-

tag einer anderen Kundgebung näher als in früheren Jahren. Auf dem Königsplatz werden sich ebenfalls Tausende versammeln und auch sie verstehen sich als „Friedensbewegung“. Manche ihrer Forderungen unterscheiden sich auf den ersten Blick nicht von denen des Anti-Siko-Bündnisses. Doch ideologisch trennen beide Kundgebungen Welten.

Während das Anti-Siko-Bündnis „keinen Platz für völkisch-nationalistische Ideologien, weder für Rassismus noch für Antisemitismus oder für rechtspopulistische Islam-Hetz“ bieten möchte, veröffentlichte die Konkurrenz vom Königsplatz dieser Tage ein Video, in dem die für Samstag angekündigte Rednerin Ulrike Guérat die „Brandmauer“ gegen Rechts als undemokratisch verwirft und die parlamentarische Demokratie kritisiert.

Es sind die Reste der Querdenker-Szene aus Zeiten der Corona-Pandemie, die unter dem Motto „Macht Frieden“ durch die Münchner Maxvorstadt ziehen werden. Viele der teilnehmenden Gruppen und Akteure sind politisch zumindes rechtsoffen und sympathisieren mit der Szene der Verschwörungsdenken und Reichsbürger. Bei einer Kundgebung zum Antikriegstag im vergangenen September wurde der Nato die Hauptschuld am Ukraine-Krieg gegeben. Redner und Teilnehmer an der Versammlung zeigten offen ihre russlandfreudliche Haltung.

Letzteres würde am Samstag nur ein paar Hundert Meter entfernt gar nicht gut ankommen. Auf dem Odeonsplatz findet zur selben Zeit die dritte Großdemonstration im Umfeld der Sicherheitskonferenz statt, organisiert von Unterstützern der Ukraine. Auf der Kundgebung wird auch ein Rettungswagen aus der Ukraine präsentiert – dieser wurde im März 2022 nach Angaben der Organisationen „während eines Angriffs der russischen Armee auf ein civiles Krankenhaus in der Nähe von Char’kiw mit Streumunition durchsiebt“.



Warnstreik soll München teilweise lahmlegen

Kitas, die städtischen Krankenhäuser und die Müllabfuhr sollen unter anderem von dem Ausstand am Donnerstag betroffen sein.

München wird bestreikt: Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi hat die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für diesen Donnerstag zu einem großen Warnstreik aufgerufen. Betroffen sind unter anderem städtische Kinderbetreuungseinrichtungen, die Müllabfuhr und die städtischen Krankenhäuser.

Besonders hart treffen könnte der Arbeitskampf jene Eltern, die ihre Kinder in einer städtischen Kita untergebracht haben. Krippen, Kindergärten und Horte könnten ganz oder teilweise geschlossen werden. Und weil spontan gestreikt werden kann, ist eine Prognose schwierig, welche Einrichtung am Donnerstag Kinder betreut und welche nicht. Den Eltern wird deshalb empfohlen, direkt bei der jeweiligen Kita-Leitung nachzufragen. Die Stadt betreibt rund 450 Kitas, insgesamt gibt es etwa 1500 Kitas in München. Die Kinderbetreuungseinrichtungen anderer Träger sind nicht vom Streik betroffen. Auf der Internetseite www.muenchen.de/kita ist ei-

ne Liste mit Antworten zu finden auf häufig gestellte Elternfragen zum Streik.

Sollte es am Donnerstag schneien oder zu Glätte auf den Straßen kommen, dann ist der städtische Winterdienst vorbereitet: Zur „Sicherstellung der Verkehrssicherheit und Stadthygiene“ habe man mit Verdi eine „Notdienstvereinbarung“

geschlossen, teilt eine Sprecherin des Baureferats mit. Die Einsatzleitung stehe mit der Gewerkschaft in Kontakt, um auf „besondere Winterereignisse“ reagieren zu können. Trotzdem werde es „insbesondere bei der Reinigungsleistung, soweit sie nicht verkehrsgefährdet ist, zu Einschränkungen“ kommen. Mit welchen Folgen bei der Müllabfuhr zu rechnen ist, konnte der Abfallwirtschaftsbetrieb Mün-

chen (AWM) zunächst nicht sagen. „Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass diverse Wertstoffhöfe geschlossen haben werden und die Müllabholung stark eingeschränkt ist“, teilte eine Pressesprecherin mit.

Auch die Münchner Klinik hat sich auf den Streik eingestellt. Die Notfallversorgung, Notfalleingriffe – auch im Bereich der Kindermedizin – oder dringende Operationen finden statt, versichert Klinik-Sprecher Raphael Diecke. Sollten darüber hinaus Termine streikbedingt verschoben werden müssen, würden betroffene Patientinnen und Patienten vorab informiert und erhielten einen zeitnahe neuen Termin. Ebenfalls zum Streik aufgerufen sind die Beschäftigten des Landratsamts München, die Städtische Sing- und Musikschule sowie die Kammerspiele und die Schauburg.

Der Auslöser für den Warnstreik sind die stockenden Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öf-

fentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Verdi fordert acht Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 350 Euro monatlich für eine Laufzeit von zwölf Monaten. Außerdem verlangt die Gewerkschaft unter anderem höhere Zuschläge für besonders belastende Tätigkeiten, drei zusätzliche freie Tage zur Entlastung der Beschäftigten sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen.

Ein konkretes Gegenangebot legten die Arbeitgeber bisher nicht vor. „Die Forderungen der Gewerkschaften sind sehr hoch“, hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bereits im Januar gesagt. „Die Haushaltsslage ist und bleibt angespannt, insbesondere auch in den Kommunen.“ Nun müsse man gemeinsam „zu einer fairen Einigung kommen“.

„Geld ist genug da – es muss gerechter verteilt werden“, argumentiert Verdi in einer aktuellen Pressemeldung. Die steigenden Lebenshaltungskosten im teuren Ballungsraum München trafen insbeson-

dere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hart, so die Gewerkschaft. „Viele in den unteren Einkommensgruppen wissen nicht mehr, wo sie noch sparen können“, sagt Verdi-Geschäftsleiterin Claudia Weber. Zu den aus Gewerkschaftssicht zu niedrigen Löhnen kommt eine immer höhere Belastung für die Beschäftigten hinzu, denn wegen anhaltender Sparzwänge bei der Stadt seien zahlreiche Stellen unbesetzt.

Die Gewerkschaft ruft am Donnerstag auch zu Protesten in München auf. Zwei Demonstrationszüge sollen vormittags jeweils vom Adolf-Köpling-Platz 1 und vom Augustiner Bräu in der Arnulfstraße aus starten und von dort zum Königsplatz ziehen, wo die zentrale Kundgebung um 10.30 Uhr beginnen soll. Verdi hofft, von München aus ein starkes Signal an den Bund schicken zu können, kurz bevor die zweite Verhandlungsronde am 17. und 18. Februar stattfindet.

Kathrin Aldenhoff, Thomas Schmidt